

NACHRICHTEN

Geheimdienst entdeckt entführte Journalisten

JOLO: Der Geheimdienst der philippinischen Polizei hat die drei seit Sonntag verschollenen französischen Journalisten am Montag in einem Versteck der Rebellengruppe Abu Sayyaf entdeckt. Die Franzosen befanden sich in einem Lager des Rebellenführers Galib Andang, sagte Polizeichef Candido Casimiro auf der Insel Jolo. Andang soll die meisten der inzwischen 40 Geiseln in seiner Gewalt haben. Casimiro wollte sich nicht dazu äussern, ob die Franzosen tatsächlich entführt wurden. «Vielleicht tun sie einfach noch ihre Arbeit als Journalisten», sagte er. Aus der Umgebung der Rebellen hiess es gestern allerdings, Unterhändler ohne offiziellen Auftrag verhandelten über Lösegeld für die Freilassung der Journalisten. Ausserdem sagte ein Sprecher des französischen Aussenministeriums, die Journalisten würden als Geiseln festgehalten.

Berlin: Friedliche Demonstrationen

BERLIN: Unter schärfsten Sicherheitsvorkehrungen ist der erste Besuchstag eines Staatsoberhauptes aus Teheran in Deutschland seit 33 Jahren zunächst friedlich verlaufen. Der iranische Präsident Mohammed Chatami musste sich am Montag in Berlin kritischen Fragen nach Menschenrechtsverletzungen stellen, erhielt aber auch handfeste wirtschaftliche Zusagen.



gen. Befürchtete gewaltsame Ausschreitungen von etwa 7000 Anhängern der iranischen Opposition blieben bis zum Abend aus. Die Bundesregierung sagte Chatami eine Verflüchtigung der Hermes-Bürgschaften auf eine Milliarde Mark zu. Vereinbart wurde ein neues Kulturabkommen sowie Kooperationen gegen den Drogenhandel und Terrorismus. Chatami traf mit Bundeskanzler Gerhard Schröder, Bundespräsident Johannes Rau sowie Aussenminister Joschka Fischer zusammen. Schröder sagte auf einer gemeinsamen Pressekonferenz, es sei eine breite Palette der Zusammenarbeit behandelt und Übereinstimmung erzielt worden. Aber auch kontroverse Fragen seien zur Sprache gekommen. In Regierungskreisen hiess es ergänzend, unter vier Augen hätten die beiden Politiker über konkrete Fälle von Menschenrechtsverletzungen in Iran offen gesprochen. Dazu gehörten die Spionage-Urteile gegen zehn iranische Juden und zwei Moslems. Ebenso habe Schröder die Inhaftierung eines iranischen Journalisten nach dessen Deutschlandbesuch kritisiert. Das Verbot mehrerer Reformzeitungen sei auch zur Sprache gekommen.

Drohung von Papst-Attentäter

ISTANBUL: Der Papst-Attentäter Mehmet Ali Agca hat gestern vor einem Gericht in Istanbul mit einem «Kulturkrieg» gegen den Heiligen Stuhl gedroht. Der Vatikan sei ein Feind Gottes und der Menschheit, sagte Agca in dem Verfahren. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm bewaffneten Raubüberfall auf eine Getränkefabrik und Diebstahl eines Fluchtfahrzeuges im Jahr 1979 vor. Italien hatte Agca Mitte Juni begnadigt und ihn an die Türkei ausgeliefert, nachdem er fast 20 Jahre wegen seiner Schüsse auf den Papst 1981 inhaftiert war. Der Vatikan hatte sich für Agcas Begnadigung eingesetzt. Agca, der zurzeit in der Türkei eine zehnjährige Haftstrafe wegen Mordes verbüsst, hatte dem Papst und dem Vatikan dafür gedankt. Er wies am Montag die Vorwürfe gegen sich zurück. Bei einer Verurteilung drohen ihm weitere neunehnhalf Jahre Haft. Richter Nusret Ince sagte, das Gericht habe aus Italien die Erlaubnis erhalten, ihn auch wegen eines weiteren Raubüberfalls auf ein Juweliergeschäft 1979 zu belangen. Die beiden Fälle würden gleichzeitig verhandelt. Agca wies auch diesen Vorwurf zurück. Das Gericht vertagte sich auf den 9. August, um Agca Zeit für Gespräche mit seinem Anwalt zu geben.

Glück für Ehud Barak

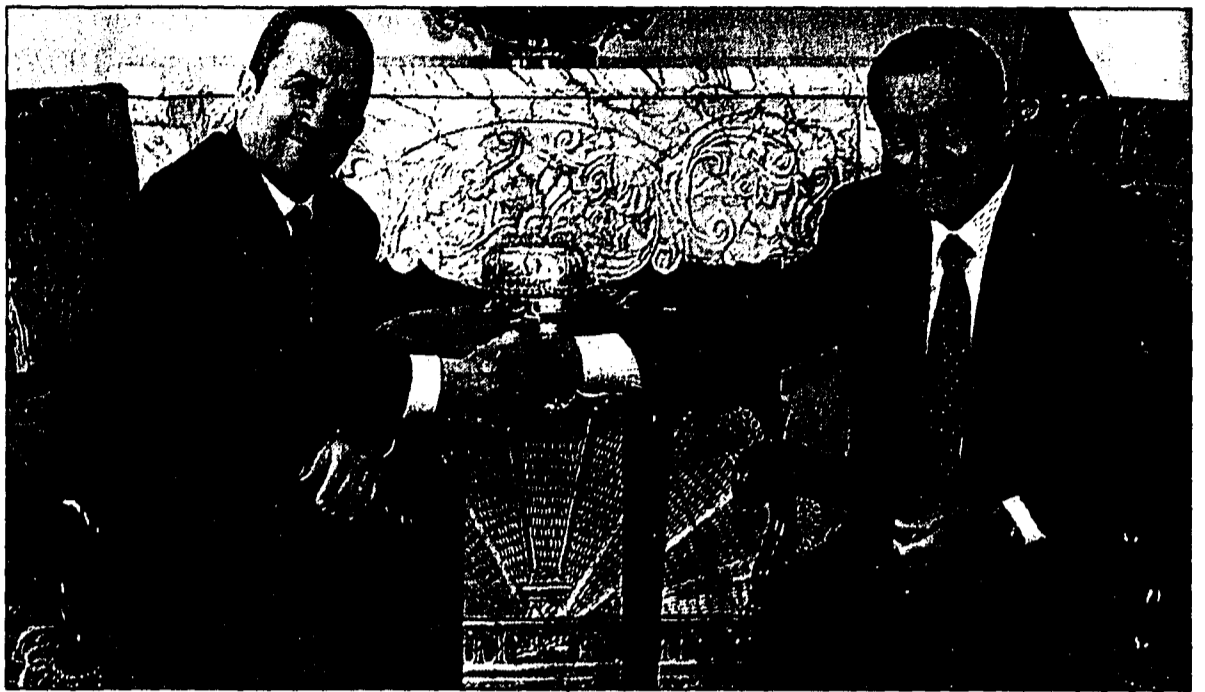
Vor dem Nahost-Gipfel: Parlament stärkt dem Regierungschef den Rücken

JERUSALEM: Das israelische Parlament hat Regierungschef Ehud Barak am Vorabend des auf Dienstag angesetzten Nahost-Gipfels den Rücken gestärkt. Ein Misstrauensantrag der konservativen Opposition verfehlte die nötige Stimmenzahl.

Barak überstand am Montagabend das von der Likud-Partei eingebrachte Misstrauensvotum. Statt der erforderlichen 61 stimmten nur 54 Abgeordnete für die Ablösung der Regierung Barak. Allerdings kam Barak mit 52 Stimmen gegen den Antrag auch auf keine Mehrheit. Bei einer Annahme des Antrags wäre das Parlament innerhalb von 90 Tagen neu gewählt worden.

In der Debatte hatte Barak zuvor um Unterstützung für seine Reise zum Nahost-Gipfel geworben. Die Mehrheit der Israelis stehe hinter ihm und hoffe wie er auf Frieden.

Mit dem Misstrauensantrag wollte die Opposition eine neue Krise in Baraks Koalition nutzen. Weil sie sich nicht ausreichend über Baraks Pläne auf dem Nahost-Gipfel informiert sahen, hatten die Schas-Partei, die Partei der russischen Einwanderer sowie die Nationalreligiöse Par-



Der israelische Ministerpräsident Ehud Barak (links) im Gespräch mit Ägyptens Präsident Husni Mubarak.

tei die Regierung verlassen. Damit verfügt die Koalition nur noch über 42 der 120 Stimmen in der Knesset. Likud-Chef Ariel Scharon warf Barak in der Debatte vor, nicht für das israelische Volk zu sprechen. Barak vertrete höchstens noch sich selbst.

In Kairo hatte Barak vor der Abstimmung angekündigt, sich im Friedensprozess nicht von der Re-

gierungskrise in seinem Land beirren zu lassen. Dies habe Barak Ägyptens Präsident Husni Mubarak zugesagt, berichtete dessen Berater nach einem Gespräch beider Politiker am Montag in Kairo.

Barak fahre mit begrenzten Hoffnungen zum Gipfel nach Camp David. Sollte der Gipfel zu einem Friedensabkommen führen,

will Barak darüber die erste landesweite Volksabstimmung Israels abhalten. Weil der Ministerpräsident direkt gewählt wird, kann ihn das Parlament nicht abwählen. Der Gastgeber von Camp David, US-Präsident Bill Clinton, mahnte beide Seiten zur Kompromissbereitschaft. Verzögerung sei keine Alternative, schrieb Clinton.

Kritik an Jugoslawien-Sanktionen

EU-Aussenminister äussern Unmut in Brüssel

BRÜSSEL: In der Europäischen Union (EU) steigt das Unbehagen an der bisherigen Sanktionspolitik gegenüber Jugoslawien. Am Treffen der EU-Aussenminister in Brüssel vom Montag wurde entsprechend Kritik geübt.

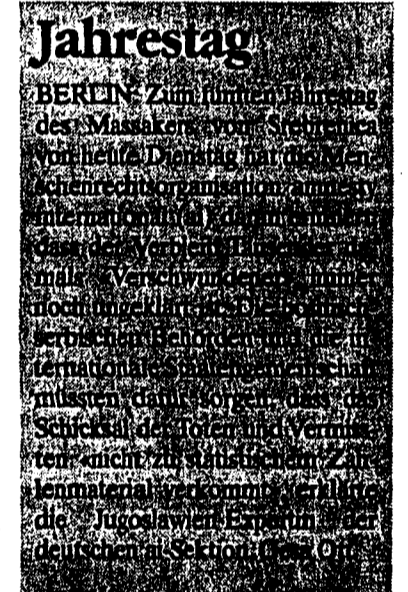
Klar sei, dass die Sanktionen bisher ihr politisches Ziel nicht erreicht hätten, sagte Frankreichs Aussenminister Hubert Védrine am ersten

Aussenministertreffen unter französischem EU-Vorsitz. Laut Österreichs Aussenministerin Benita Ferrero-Waldner brachten die Sanktionen nicht, was sich die Europäische Union (EU) erhofft habe.

Das Regime des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic hält sich trotz der Sanktionspolitik nach wie vor an der Macht. Mehrfach wurde in einer öffentlichen Debatte der Minister denn auch deren Fort-

führung angezweifelt, solange keine Wirkung auf das Regime feststellbar und Serbiens Opposition uneins ist.

Die EU hat gegen das Regime Milosevics eine Reihe von Massnahmen verhängt, denen sich grossenteils auch die Schweiz angeschlossen hat. So bestehen Verbote bei Investitionen und Finanzströmen, strenge Visabestimmungen und Einreiseverbote für eine Liste von rund 600 Personen.

**Jahrestag**

BERLIN: Zum fünften Jahrestag des Massakers von Srebrenica verleiht die Deutsche Bundesregierung den schweizerischen Organisationen «Internationale Liga für Menschenrechte» und «Human Rights Watch» den Preis für die Verdienste um die Aufklärung der Verbrechen von Srebrenica. Die Preisverleihung wird am Montagabend in der Berliner Konzerthalle stattfinden. Die beiden Organisationen haben sich für die Aufklärung der Verbrechen von Srebrenica eingesetzt. Die Bundesregierung hat die Preisverleihung als Zeichen der Unterstützung für die Aufklärung der Verbrechen von Srebrenica angekündigt. Die Preisverleihung wird am Montagabend in der Berliner Konzerthalle stattfinden.

Bellasi doch ein Einzeltäter?

Ermittlungen auch in Lichtenstein: Einstellung des Verfahrens gegen Schreier beantragt

BERN: Die Einzeltäter-Theorie im Fall des mutmasslichen Millionenbetrügers Dino Bellasi erhärtet sich. In Lichtenstein und weiteren Ländern werden Ermittlungen durchgeführt. Das Verfahren gegen Bellasi Vorgesetzten im Nachrichtendienst, Fred Schreier, soll eingestellt werden.

Der Tatvorwurf gegenüber Schreier lasse sich nicht aufrecht erhalten, sagte die eidgenössische Untersuchungsrichterin Monique Saudan am Montag in Bern vor den Medien. Sie werde deshalb der Bundesanwaltschaft im Schlussbericht die Einstellung des Verfahrens beantragen. Bis der Bericht vorliege, könne es «noch Monate dauern».

Laut Saudan hat die Voruntersuchung bisher keine Anhaltspunkte für strafbares Verhalten von Personen aus dem Militärbereich oder der Verwaltung ergeben. Das Verfahren gegen Schreier sei wegen Verdachts auf ungetreue Geschäftsführung und nicht wegen eines gemeinsamen mit Bellasi begangenen Delikts eröffnet worden.

Gegen Dino Bellasi, der im Nachrichtendienst als Rechnungsführer gearbeitet hatte, wird wegen Verdachts auf Betrug, der Veruntreuung, der Urkundenfälschung, der Amtsanmassung, der Geldwäscherei, der falschen Anschuldigung und der Verleumdung ermittelt.

Es wird ihm vorgeworfen, von März 1994 bis Juli 1999 mit Vor-



Untersuchungsrichterin Monique Saudan informierte gestern in Bern über den neusten Stand der Voruntersuchung gegen Dino Bellasi.

schussmandaten insgesamt 8,8 Mio. Franken bei der Nationalbank bezogen zu haben. Bellasi hatte via Medien mitteilen lassen, dass er die Gelder für ein geheimes Projekt beschafft habe.

Kaum mehr Geld da

Es sei nicht zu erwarten, dass man davon noch viel finde, sagte Saudan. Sie verwies auf Bellasis kostspieligen Lebenswandel. So soll er mit dem Privatjet auf die Malediven geflogen sein, in der Präsidentensuite eines Luxushotels übernachtet und

Trinkgelder in der Höhe von 1000 Mark pro Tag bezahlt haben.

Was genau mit dem Geld passiert ist, soll die weitere Untersuchung klären. Anhand der Verwendung der Gelder könne am besten gezeigt werden, ob Bellasi «im Auftrag» gehandelt habe oder nicht. Laut Saudan will Bellasi zu den einzelnen Ausgaben detailliert Stellung nehmen. Deshalb werde jeder Beleg erfasst.

Nach einem Augenschein in Österreich und Portugal sei klar, dass die dort von Bellasi gekauften

zwei Liegenschaften im Wert von weit über einer Million Franken «rein persönlichen Zwecken» dienten, sagte Saudan weiter.

Das Haus in Österreich stehe in einem Dorf, wo jedes fremde Auto auffalle, wie sie bei ihrem Besuch selber festgestellt habe. Sie frage sich, ob der Nachrichtendienst dort eine Liegenschaft kaufen würde.

Sie habe sich zudem bei einer richterlichen Befragung von österreichischen Obersten vergewissern können, dass es sich beim Treffen mit drei hohen Schweizer Offizieren im Oktober 1998, von denen der eine früher beim Nachrichtendienst arbeitete, um «einen Zufall» gehandelt habe. Sie logierten im gleichen Hotel in Graz, in dem sich auch Bellasi aufhielt.

Ermittlungen in mehreren Ländern

In der Voruntersuchung sind über 20 Zeugen und Auskunftspersonen einvernommen und vereinzelt auch mit Bellasi konfrontiert worden. Ermittelt wurde zudem in Lichtenstein, Österreich, Deutschland und Portugal. Ein Rechtshilfeersuchen nach Grossbritannien wird laut Saudan gerade vorbereitet.

Bellasi sitzt weiterhin in Untersuchungshaft. Es gehe ihm psychisch gut, sagte sein Anwalt, André Seydoux. Bisher habe er kein Haftentlassungsgesuch gestellt. Zuerst wolle sein Mandant das psychiatrische Gutachten abwarten.